

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD***E-Government in Bremen und Bremerhaven***

Die Vereinfachung von Verwaltungsakten und die stärkere Einbeziehung neuer Medien in die Arbeit der einzelnen Verwaltungsstellen gewinnen mit der zunehmenden Ausstattung der Bürgerinnen und Bürger mit Computern und Internetzugang an Relevanz. Aber insbesondere auch die Wirtschaft kann erheblich von E-Government profitieren. Somit entwickelt sich eine moderne internetbasierte Verwaltung zu einem wichtigen Standortfaktor.

Durch den Einsatz des Internets und der Bereitstellung von verwaltungsspezifischen Dienstleistungen via Internet können zukünftig zusätzliche finanzielle Einsparungen bei gleichzeitiger Verbesserung der Dienstleistung für Unternehmen, Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

E-Government gewinnt somit zunehmend an Bedeutung und kann sich in den kommenden Jahren zur wichtigsten Kommunikationsplattform zwischen staatlichen Stellen und den Bürgerinnen und Bürgern herausstellen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich der E-Government Standort Deutschland in den letzten Jahren im Vergleich zum europäischen Ausland entwickelt?
2. Welchen Stellenwert hat das E-Government im Lande Bremen im Vergleich mit den Bundesländern?
3. Welchen Stellenwert schreibt der Senat E-Government für das Interagieren zwischen Staat und Bürger, zwischen Staat und Wirtschaft, zwischen den Verwaltungen des Landes Bremens, sowie übergreifend den Kommunen und Ländern zu, und welches Potential sieht der Senat für das Land Bremen, E-Government stärker als bisher als Kommunikationsinstrument zu nutzen?
4. Welche Ziele setzt sich der Senat, E-Government zur vorherrschenden Plattform seiner Verwaltungstätigkeit zu machen, und welche positiven Wirkungen hätte dies für den Standort Bremen bzw. Bremerhaven?
5. Welche Maßnahmen wird der Senat ergreifen, um einerseits die Bürgerinnen und Bürger zur Nutzung der neuen Medien zu animieren, und andererseits die staatlichen Stellen darauf vorzubereiten?
6. Welche Anreize sind aus der Sicht des Senats denkbar, um zu einer höheren Bürgerbeteiligung bei der Nutzung von Online-Dienstleistungen zu kommen?
7. Welche Erwartungen der Wirtschaft sind dem Senat hinsichtlich der Erbringung von Online-Dienstleistungen bekannt?
8. Wie beurteilt der Senat eine differenzierte Gebührenordnung mit Gebührenreduzierung bei Nutzung entsprechender Verwaltungsdienstleistungen, und welche Beispiele sind dem Senat aus anderen Bundesländern dazu bekannt?

9. Welche Verwaltungsleistungen können derzeit internet-gestützt beantragt werden (mit und ohne Identifikation durch eine elektronische Signatur)?
10. Welche Dienstleistungen sollen künftig ausschließlich über das Internet angeboten werden (insbesondere für Unternehmen), um Doppelstrukturen abzubauen und Medienbrüche zu vermeiden sowie Einsparpotenziale zu generieren?
11. Wie stellt sich derzeit die Reichweite der bisherigen Angebote dar (Benutzerzahlen seit dem Jahr 2000)?
12. Welches Verwaltungshandeln soll zukünftig zusätzlich internet-gestützt vorgenommen werden können (mit und ohne Identifikation durch eine elektronische Signatur)?
13. Welche Kooperationen beim Verwaltungshandeln bestehen zwischen Bremen und Bremerhaven und dem Land Niedersachsen bzw. den niedersächsischen Umlandgemeinden?
14. Welche Planungen zur Verwirklichung engerer Kooperation gibt es, und welche länderübergreifenden Projekte sind dem Senat aus anderen Bundesländern bekannt?
15. Welche rechtlichen Bestimmungen stehen einer engeren Kooperation möglicherweise im Weg?
16. Inwiefern könnten den Bremerinnen und Bremern sowie Bremerhavenerinnen und Bremerhavener kostenlos oder zumindest vergünstigt eine elektronische Signatur zur Verfügung gestellt werden?
17. Welche mittel- und langfristigen Einsparpotenziale im Backoffice-Bereich sieht der Senat durch die Nutzung von E-Government-Anwendungen im personellen Bereich?
18. Hält der Senat, wie auch im Bund und in den Ländern vorgemacht, die Erstellung und Fortführung eines E-Government Masterplanes für sinnvoll?

Helmut Pflugradt, Jörg Jäger, Heiko Strohmann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Frank Schildt, Cornelia Wiedemeyer,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD